

André Gunz

HUGO KRAMER UND DIE »VOLKSSTIMME« IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT

Sozialdemokratische Zeitungsarbeit in der Ostschweiz

Am 22. April 1940 erschien in der »Volksstimme«, der sozialdemokratischen Tageszeitung für die Kantone St. Gallen, Appenzell, Graubünden und Glarus, folgende kurze Notiz: »Unter dem Druck eines kürzlichen, inzwischen formell erledigten Konfliktes mit der Militärzensur und wegen tiefgehender Meinungsverschiedenheiten mit den massgebenden Instanzen über den politischen Kurs der schweizerischen Sozialdemokratie hat sich Genosse Dr. H. Kramer genötigt gesehen, der Sozialdemokratischen Pressunion seinen Rücktritt als Redaktor der »Volksstimme« zu erklären. Er war seit 1. Mai 1926 an unserem Blatte tätig.»

Nähere Angaben zu diesem für eine kleine Zwei-Mann-Redaktion doch einschneidenden Schritt wurden nicht gemacht. Noch erstaunlicher ist aus heutiger Sicht, dass diese Meldung, die einen parteiinternen Konflikt offen legte, von den Blättern der politischen Konkurrenz weder thematisiert noch kommentiert wurde. Ein Grund für diese unübliche Zurückhaltung dürfte darin liegen, dass der Vorfall in eine Zeit fiel, in der die gespannte internationale Lage das Interesse der Menschen beanspruchte. Kurz zuvor hatte Deutschland zwei neutrale Staaten, Norwegen und Dänemark, ohne Kriegserklärung angegriffen. In der Schweiz waren sich Regierung und Bevölkerung bewusst, dass ihr Land das gleiche Schicksal erleiden könnte. Der Bundesrat erliess eine Weisung an Volk und Armee, wie man sich bei einem solchen Überfall zu verhalten hätte. Ein weiterer Grund kann darin vermutet werden, dass das bürgerliche Lager kaum Sympathien für Kramer hegte.

Akten, die der Verfasser dieses Artikels mit anderen Restbeständen des Zeitungsarchivs der »Volksstimme« kürzlich dem Stadtarchiv St. Gallen übergeben hat, belegen aber, dass der Abgang nicht so geräuschlos von statten ging, wie dies auf den ersten Blick erscheinen mag. Da sie einen ungewöhnlich gut dokumentierten Einblick in die internen Auseinandersetzungen innerhalb der Schweizer Sozialdemokratie angesichts

von nazistischer Bedrohung und Pressezensur ermöglichen, dürfen sie auch allgemeines historisches Interesse beanspruchen.

Die in der Zeitungsmeldung genannten »tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten« gehen letztlich auf einen Richtungswechsel zurück, den die Schweizer Sozialdemokratie in den dreissiger Jahren vollzog. Zuvor besass die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) ein Programm mit marxistischer Ausrichtung, in dem der Arbeiterklasse der geschichtliche Auftrag zugewiesen wurde, im unvermeidlichen Klassenkampf den Kapitalismus zu beseitigen und vorerst eine revolutionäre Diktatur des Proletariats zu errichten. Fernziel war der Aufbau einer Gesellschaftsordnung ohne Ausbeutung. Aufgrund dieses Programms wurden von der SPS die Militärvorlagen regelmässig abgelehnt, da die Armee als Machtinstrument des Klassenfeindes angesehen wurde.

Die Weltwirtschaftskrise und der damit verbundene Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland veränderten allerdings die politische Situation entscheidend. Die Schweizer Gewerkschaften hatten unter dem Eindruck der Krise bereits 1927 den Klassenkampf aus ihren programmatischen Grundlagen gestrichen. Ihre auf eine Sozialpartnerschaft zielende Politik versprach auch für viele Sozialdemokraten mehr Aussicht auf eine Lösung der drängenden Gegenwartsprobleme als die Planspiele innerhalb der SPS, die eine Verstaatlichung der Banken, Versicherungen und Industriemonopole, betriebliche Mitbestimmung und Förderung des Genossenschaftswesens anvisierten. Nach schweren inneren Kämpfen (und der Abspaltung der Genfer Sektion) schwenkte die SPS auf den Kurs der Gewerkschaften ein. 1935 wurde an einem Parteitag mit knapper Mehrheit der Widerstand gegen die Landesverteidigung aufgegeben.

Weite Teile der Parteibasis konnten sich allerdings mit diesem »Burgfrieden«, auch »Richtlinienpolitik« genannt, nur schlecht abfinden, und namentlich die religiösen Sozialisten sahen einen für sie zentralen Grundsatz verraten. Nachdem aber die aggressive Aussenpolitik des »Dritten Reiches« immer deutlicher wurde, wurde ihre Stellung innerhalb der Sozialdemokratie zunehmend isolierter. Ihr Standpunkt, wonach anstelle einer militärischen Aufrüstung gegen die Diktaturstaaten diese durch alle friedensbereiten Staaten zu isolieren seien, bis wieder die Demokratie eingeführt sei, musste angesichts der politischen Entwicklung selbst für viele politisch links Stehende weltfremd wirken.

KONFLIKT UNTER RELIGIÖSEN SOZIALISTEN

Der »Fall Hugo Kramer« ist insofern von besonderer Pikanterie, als die drei wichtigsten Protagonisten alle der religiös-sozialen Richtung nahe standen: Hugo Kramer¹ selber, sein Mitredaktor Franz Schmidt² und der Präsident der Zeitungsherausgeberin, der sog. »Pressunion«, Dr. Paul Steiner³. Kramer war bereits am längsten bei der »Volksstimme«, nämlich seit 1926. Zu jener Zeit verfocht die SPS noch einen strammen Oppositionskurs und lehnte insbesondere auch die Landesverteidigung ab. Die politische

Umorientierung Mitte der 30er-Jahre musste sich nach damaligem Verständnis einer Parteizeitung natürlich auch in der »Volksstimme« niederschlagen. Alten »Antimilitaristen« wie Kramer fiel es aber schwer, ihre grundsätzlichen Bedenken gegenüber dem Militär zu verschweigen. In seinem »Bericht über den Rücktritt des Genossen Dr. Kramer als Redaktor der Volksstimme«, in dem Steiner nach dem Vorfall der Geschäftsleitung der kantonalen SP sozusagen Rechenschaft ablegte, ist von »einer langen Reihe unerfreulicher Auseinandersetzungen« die Rede, die Kramers Schreibweise über Jahre hinweg hervorgerufen habe. Der Vorstand der Pressunion habe sich deshalb 1938 genötigt gesehen, »bestimmt formulierte Weisungen an die Genossen Redaktoren zu erlassen«.

ANGST VOR EINEM DEUTSCHEN ANGRIFF

Mit dem Anwachsen der nationalsozialistischen Macht in Deutschland verlagerten sich die Auseinandersetzungen innerhalb der SPS mehr auf das aussenpolitische Gebiet. Um mit ihrer grundsätzlich antimilitaristischen Haltung nicht in Verdacht zu kommen, indirekt das Geschäft des Faschismus zu betreiben, taten sich viele religiöse Sozialisten mit einer besonders scharfen Schreibweise gegenüber dem Nationalsozialismus und Hitler-Deutschland hervor. Dies wiederum brachte sie in Konflikt mit der Pressezensur der Militärstellen. Eine wichtige Aufgabe der Zensur war es gerade, zu verhindern, dass durch verbalen Radikalismus das ohnehin schon belastete Verhältnis zum grossen Nachbarn noch schlechter wurde, und somit Bedrohungen und Repressalien von deutscher Seite vorzubeugen. Der Rücktritt Kramers erfolgte dabei in einer besonders kritischen Phase, wie bereits oben erwähnt wurde. Die parteiinterne Auseinandersetzung um den Rücktritt Kramers war noch in vollem Gange, da war Deutschland schon in Holland und Belgien eingefallen (10. Mai 1940), und als am 26. Juni die Geschäftsleitung der Sozialdemokratischen Partei des Kantons St. Gallen den Sektionen und Vertrauensleuten mitteilte, man werde entgegen einem früheren Beschluss keinen ausserordentlichen Parteitag zu dieser Angelegenheit einberufen, war Frankreich bereits besiegt. In der Schweizer Bevölkerung war es in den Tagen um den 14. und 15. Mai zu einer eigentlichen Panik mit Fluchtbewegungen ins Landesinnere gekommen. Unter dem Eindruck dieser dramatischen Ereignisse durfte Kramers grundsätzlicher Antimilitarismus auch innerhalb der SP nicht mehr mit allzu viel Sympathie rechnen.⁴

AUSLÖSER: KRITIK AN ZENSURMASSNAHME

Bereits im Herbst 1939 war es zu verschiedenen Beanstandungen der »Volksstimme« durch die Armeezensur gekommen. Sie waren begleitet von internen Auseinandersetzungen in der Redaktion selber, wie man sich gegenüber Zensur zu verhalten

habe. Schliesslich kam es zu einer Art Übereinkunft innerhalb des für die »Volksstimme« verantwortlichen Personenkreises, wonach bei aller grundsätzlichen Gegnerschaft gegenüber dem Zensurregime die bestehenden Vorschriften doch strikte zu beachten seien. Der Vorfall, der zum Rücktritt von Hugo Kramer führte, war insofern ein besonderer Fall, als er die Zensurmassnahme gegenüber einem anderen Organ kritisierte. In der »Volksstimme« vom 3. April 1940 wurde mitgeteilt, dass der verantwortliche Herausgeber der Zeitschrift »Neue Wege«, der bekannte religiös-soziale Pfarrer Leonhard Ragaz⁵, vom Pressechef des Territorialkommandos 6 öffentlich verwarnt worden sei mit der Begründung, Ragaz habe die schweizerische Neutralität und den schweizerischen Wehrwillen wiederholt verächtlich gemacht. Der Meldung war ein kurzer Kommentar mit folgendem Inhalt angehängt: »Die neueste Zensurmassnahme ist nichts anderes als ein Racheakt gegen den gewissen Grössen seit vielen Jahren unbequemen Kämpfer gegen den Militarismus und gegen die Motta'sche⁶ Aussenpolitik, aber für die Mitwirkung der Schweiz in einer internationalen Rechtsordnung. Jetzt glaubt man die Möglichkeit gefunden zu haben, ihn mundtot zu machen. Hoffentlich gelingt der Streich nicht! Red.«⁷

PERSÖNLICHER RACHEAKT?

Diesen Vorwurf nahm die Pressezensur nicht hin. Als erster reklamierte offensichtlich der regionale Pressechef der Zensurbehörde. Kramer selber brachte die Sache in einer Vorstandssitzung der Pressunion zur Sprache. Steiner wies dabei auf die Unzulässigkeit einer solchen Publikation hin, weil sie ehrverletzend sei und lediglich auf einem Verdacht beruhte. Dennoch doppelte Kramer am 8. April mit einem Artikel unter dem Titel »Die Militärzensur an der Arbeit« nach. Die Massnahme gegen Ragaz war nämlich auch in der Zeitschrift »Aufbau«⁸ kritisiert worden, wobei Redaktor Max Gerber⁹ darauf hinwies, dass der Pressechef des Territorialkommandos 6, der Zürcher Professor Gottfried Guggenbühl, schon früher heftige Angriffe gegen Ragaz gerichtet und nun die Möglichkeit habe, als Militärzensor einen politischen Gegner mundtot zu machen. Kramer übernahm diese Darstellung und kündigte an, man werde auf »diesen grundsätzlich wichtigen Fall« zurückkommen. Diese Ausgabe der »Volksstimme« war noch im Druck, als von der Abteilung für Presse und Funkspruch ein Ultimatum einging: Bis zum 12. April müsse die gegen Guggenbühl vorgebrachte Behauptung öffentlich zurückgenommen werden, sonst werde man aufgrund des Militärstrafgesetzes und der besonderen Bestimmungen über die Pressekontrolle gegen die »Volksstimme« vorgehen. Steiner versuchte nun Kramer dazu zu bewegen, eine solche Erklärung zu formulieren und der Militärzensur zur Begutachtung einzureichen. Kramer weigerte sich zuerst, so wenigstens stellt es Steiner in einer siebenseitigen Darstellung der Geschehnisse vom 10. Juni 1940 dar, mit der Begründung, dies sei Sache des Verlags oder des Präsidenten der »Pressunion«, also

Steiners. Schliesslich erklärte er sich doch noch zur Formulierung einer solchen Erklärung bereit, die dann in der »Volksstimme« folgenden Wortlaut hatte:

»In Nr. 78 der »Volksstimme« vom 3. April d. J. haben wir eine Verfügung des Pressechefs des Ter. Kdos 6 gegen den verantwortlichen Redaktor der Zeitschrift »Neue Wege«, Prof. Dr. L. Ragaz, als »Racheakt« gekennzeichnet, der den Zweck habe, Prof. Ragaz mundtot zu machen. In Fr. 82 der »Volksstimme« vom 8. April d. J. wurde sodann in abgeschwächter Form ein ähnlicher Vorwurf erhoben. Wir haben uns seither überzeugt, dass der Pressechef des Ter. Kdos 6, Prof. Gottfried Guggenbühl, der früher in der Presse Prof. Ragaz scharf kritisiert hatte, unabhängig von dieser Kritik gehandelt und lediglich eine dienstliche Massnahme ausgeführt hat, die eine begutachtende Kommission von Pressefachleuten verschiedener Parteirichtungen in Bern aus sachlichen Beweggründen gutgeheissen hatte. Wir bedauern daher, beim Pressechef des Ter. Kdos 6 unrichtige Beweggründe für seine Verfügung vermutet zu haben, und ziehen unsere entsprechenden Behauptungen in den beiden erwähnten Nummern der »Volksstimme« hiemit zurück. Redaktion der Volksstimme.«

Zu einer Bewertung des Vorfalls aus heutiger Sicht kann der bekannte Schweizer Historiker Georg Kreis herangezogen werden, der aufgrund seiner Forschungen ausschloss, dass die Pressekontrolle zu parteipolitischen Manövern missbraucht worden war.¹⁰ Kreis vertritt die Auffassung, dass Angriffe auf die Zensurbehörden selber relativ milde Massnahmen zur Folge hatten, persönliche Angriffe hingegen hart bestraft wurden. Er zieht zu diesem Schluss gerade den hier behandelten Fall bzw. das Urteil gegen Gerber heran.¹¹

SCHARFE REAKTION AUS ANGST VOR NEGATIVEN KONSEQUENZEN

Die »Volksstimme« war bis zu diesem Zeitpunkt noch keiner der sog. »schweren« Massnahmen der Zensur (öffentliche Verwarnung, Vorzensur, Verbot) unterworfen worden. Mit insgesamt drei öffentlichen Verwarnungen und einer Unterstellung unter die Vorzensur während drei Monaten gehörte sie allerdings zu den meist bestrafte Blättern während des Zweiten Weltkriegs (insgesamt wurden 64 »schwere« Massnahmen verhängt).

Dieser Vorfall allein hätte Kramer nach eigenen Aussagen noch nicht zum Rücktritt veranlasst. Nun hatte aber Steiner sozusagen vorsorglich, um möglichen Schaden abzuwenden, am 8. April zusätzlich an die Zensurbehörden geschrieben. In diesem Schreiben hiess es unter anderem: »Unser Vorstand wird sich raschestens schlüssig machen, was für Massnahmen gegen den fehlbaren Redaktor von uns ergriffen werden sollen. Einstweilen haben wir unsere Weisungen mit aller Bestimmtheit bestätigt. Ich

nehme an, dass im Hinblick auf diesen Sachverhalt irgendwelche Massnahmen gegenüber unserer Zeitung unterbleiben«. Kramer taxierte dies als Kniefall vor den Mächtigen und unsolidarisches Verhalten:

»1. Es ist unwürdig und verfehlt seinen Zweck, da nicht Gutwettermachen bei den Machthabern die Stellung eines äusserlich Schwachen stützt, sondern nur Festigkeit und Haltung. Das Schicksal derjenigen Kleinstaaten, die sich durch Liebedienerei gegenüber den Mächtigen dieser Welt zu retten suchten, sollte uns doch endlich zur Lehre dienen.

2. Das Schreiben ist eine Verletzung der einfachsten Solidarität unter Genossen, wie man sie hoffentlich nicht gerade oft antrifft.«¹²

Ausserdem wurden Kramer vom Präsidenten der Pressunion für den Wiederholungsfall harte Konsequenzen angedroht: »Wie ich Ihnen bereits mündlich mitteilte, halte ich mich für verpflichtet, die Angelegenheit unserem Vorstände zu unterbreiten, damit derselbe sich über die Ihnen gegenüber zu treffenden Massnahmen schlüssig machen kann. Die Sitzung wird kommende Woche stattfinden, wenn Gen. Schmidt wieder hier ist. Für die Zeit, bis ein Beschluss des zuständigen Organs der Pressunion vorliegt, bestätige ich einstweilen unsere bestimmte Forderung, dass Sie bei der Führung der Redaktion unbedingt Alles unterlassen, was der ›Volksstimme‹ eine weitere Beanstandung eintragen könnte. Ich stelle fest, dass bereits Ihr bisheriges Verhalten unsere Zeitung derart gefährdet hat, dass wir zur sofortigen fristlosen Aufhebung des Anstellungsverhältnisses mit Ihnen berechtigt sind. Ferner sind Sie der Pressunion für allen Schaden haftbar, die ihr aus den durch Sie verschuldeten behördlichen Massnahmen erwachsen würden.«¹³

In den Akten der »Ostschweizer AZ« liegt die Kopie der Antwort Kramers, in der sich dieser gegen die Art der Behandlung verahrt: »Sie reden zu mir wie zu einem Schulbuben, den der Lehrer nach Belieben abkanzeln darf, und vergessen ganz, dass Sie es bei mir mit einem Mann zu tun haben, der ein gutes Dutzend Jahre älter ist als Sie, der seit bald 20 Jahren in der Bewegung arbeitet, und der nun volle 14 Jahre lang dem Unternehmen der ›Volksstimme‹ seine besten Kräfte gewidmet hat. Auch Fehler, die ich gemacht habe, berechtigen Sie nicht zu einem Auftreten, wie Sie es gewählt haben.«¹⁴ Im weiteren sei er nicht der Auffassung, dass jeder Konflikt mit der Zensurbehörde eine Verletzung seiner Pflichten darstelle. Die Willkür gehöre zum Wesen der Zensur, weshalb in gewissen Fällen ein »Abwehrkampf« gegen sie notwendig sei. Die Androhung, für etwaige Schäden haftbar gemacht zu werden, bezeichnet Kramer als »etwas ganz Bedenkliches«, das nicht einmal bei bürgerlichen Blättern vorkomme. Er behalte sich vor, gegen diese Absicht Steiners »die geeigneten Schritte« zu unternehmen, »habe sie zum Teil auch bereits eingeleitet«. Kramer beendet sein Schreiben mit einem Satz, der bereits die Trennung von der »Volksstimme« ins Auge fasst: »Im übrigen bin ich angesichts der Behandlung, die mir zuteil wird, allmählich so weit gekommen, dass ich es auf alle Konsequenzen ankommen lasse, die Sie – und andere – gegen mich zu ziehen gedenken.«

RÜCKENDECKUNG FÜR KRAMER IM VORSTAND ...

Der Vorstand der »Pressunion« befasste sich am 18. April mit dem Konflikt zwischen Steiner und Kramer. Einleitend brachte Steiner als Vorsitzender seine Sicht der Dinge zur Darstellung. Sein Bericht fiel insofern konzilient aus, als er einräumte, seine Briefe an den Armeestab und an Kramer seien in der Form zu scharf ausgefallen. Er drückte darüber sein Bedauern aus. Gemäss Steiners späterem Bericht vom 20. Juni antwortete Kramer mit einem »Votum, das sich in persönlichen Beschimpfungen gegen mich erging«. Wegen der hitzigen Stimmung beantragte der St. Galler Sekretär der Metall- und Uhrenarbeitergewerkschaft SMUV, Graf, den Abbruch der Sitzung, um die Angelegenheit nach Studium der Akten zu einem späteren Zeitpunkt in aller Ruhe erörtern zu können. Doch Kramer, der aufgrund der personellen Zusammensetzung des Vorstands mit Rückendeckung rechnen konnte, verlangte eine sofortige Beschlussfassung und fand damit bei einer Mehrheit Unterstützung. »In reduzierter Besetzung« wurde daraufhin ein Beschluss gefasst, der im wesentlichen aus drei Punkten bestand:

- Es liegt kein Grund für eine fristlose Entlassung Kramers vor.
- Steiner wurde dafür gerügt, dass er Kramer beim Armeestab in der geschehenen Weise desavouiert hatte.
- Kramer wurde auch recht gegeben, dass er die Verfügung des Pressechefs des Territorialkommandos scharf kritisiert hatte. Es wurde jedoch beanstandet, dass er sich dabei »unglücklicher Ausdrücke« bedient habe.

Dennoch erklärte Kramer am folgenden Tag seinen Rücktritt als Redaktor der »Volksstimme«. Aus seinem Kündigungsschreiben geht hervor, dass ihm durchaus bewusst war, in der Vorstandssitzung einen Sieg über seine Gegner davon getragen zu haben. Die Missbilligung des Vorgehens von Steiner durch den Vorstand gewähre ihm »eine starke moralische Genugtuung«. Dennoch sei seine Stellung als Redaktor »völlig unhaltbar« geworden. Die Haltung Steiners sei »geradezu eine Einladung an Bern«, einen weiteren Zwischenfall zu provozieren. Bei einem solchen, so seine Befürchtung, würde er dann vom Arbeitgeber »endgültig fallen gelassen«. Kramer: »Und die Gefahr ist ausserordentlich gross, dass die Pressunion dann mit Rücksicht auf den Weiterbestand des Volksstimmeunternehmens und auf die darin beschäftigten Arbeitskräfte samt ihren Familien mich knall auf fall auf die Strasse stellte und mich auch finanziell schwer büssen liesse.« So weit wolle er es aber nicht kommen lassen, weshalb er auch mit Rücksicht auf die anderen Mitarbeiter des Unternehmens freiwillig den Platz räume.

Dazu gesellte sich »ein anderer, nicht weniger zwingender Grund«: Seit der Kursänderung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz im Jahre 1935 stehe er »innerlich im Gegensatz zur Grundhaltung der Partei und der Gewerkschaften«. Er habe zwar versucht, »mit viel, wie ich heute glaube zu viel Diplomatie«, seine persönliche Überzeugung mit seiner Redaktorenpflicht in Einklang zu bringen. Das sei aber auf die Länge

nicht möglich gewesen: »Ich habe mich in diesem jahrelangen inneren Zwiespalt nur immer mehr aufgerieben, habe sich periodisch wiederholende, zum Teil äusserst scharfe Konflikte mit den leitenden Persönlichkeiten von Partei, Gewerkschaften und Pressunion bekommen und ertrage nun diesen Zustand seelisch und körperlich einfach nicht mehr.«

Die Gründe für seine Haltung beabsichtigte er am bevorstehenden SP-Parteitag vom 21. April im St. Galler Volkshaus darzulegen.

... ABER NICHT BEI DEN PARTEIGREMIEN

Da der Parteitag aus formellen Gründen nur Geschäfte behandeln konnte, die in der im voraus festgesetzten Traktandenliste enthalten waren, nahm ein Kramer nahestehender Delegierter die statuarisch vorgeschriebene Berichterstattung von Parteileitung und Grossratsfraktion zum Anlass, das Anliegen aufzugreifen. Die »Volksstimme« berichtete über die sich anschliessende Diskussion folgendermassen: »Obrist, Sargans, nimmt Bezug auf den soeben bekannt gewordenen Rücktritt von Dr. H. Kramer als Redaktor der ›Volksstimme‹. Er beantragt, dem Zurückgetretenen Gelegenheit zur Darlegung seiner Rücktrittsgründe und zu einem Abschiedswort an den letzten von ihm besuchten st.gallischen Parteitag nach 14jähriger Tätigkeit zu gewähren. Nachdem der Parteitag den Antrag ohne Widerspruch angenommen hatte, widerruft er nach einer dreiviertelstündigen Geschäftsordnungsdebatte auf Antrag Metzger, Uzwil, seinen ersten Entscheid und verweigert mit geringer Mehrheit dem Zurückgetretenen die Möglichkeit zu einer Erklärung. Der Parteitag sei nicht zuständig, sondern nur die Pressunion, deren Präsident im übrigen nicht anwesend sei. Immerhin wird in Aussicht genommen, später einen ausserordentlichen Parteitag einzuberufen, an dem auch die Pressefrage besprochen werden soll.« Der Bericht war mit der Bemerkung versehen: »(Der Zurückgetretene wird daran freilich nicht mehr teilnehmen. d. B.)«, woraus gefolgert werden kann, dass der Artikel von Kramer selbst geschrieben wurde.

Die Protagonisten dieser Diskussion illustrieren, dass es dabei nicht nur um die konkrete Frage ging, wie sich die Sozialdemokratie gegenüber der Pressezensur verhalten sollte, sondern um die Ausrichtung der sozialdemokratischen Politik allgemein. Die Sektion Sargans stellte am gleichen Parteitag auch den Antrag, die St. Galler SP solle sich bei der nationalen Partei gegen den Ausschluss der Westschweizer Linksozialisten um Léon Nicole¹⁵ verwenden, der allerdings deutlich abgelehnt wurde. Der Uzwiler Delegierte Metzger wiederum war Sekretär des Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, der innerhalb der Arbeiterbewegung am resolutesten die sog. »Richtlinienpolitik« vertrat, die angesichts der Bedrohung durch Nazideutschland die Landesverteidigung und die Sozialpartnerschaft befürwortete.

KRAMERS RECHTFERTIGUNG

Das formell korrekte, aber aus menschlicher Sicht problematische Vorgehen am Parteitag veranlasste Franz Schmidt, von seinem Redaktionskollegen Kramer das verhinderte Votum zu erbitten, das dieser schriftlich vorbereitet hatte, und es am 25. April an »Genossen und Freunde« zu verschicken. Auf Kramers ziemlich gewundene Rechtfertigung seines Vorgehens im konkreten Fall einzugehen, verzichte ich hier, da sie kaum Erhellendes zur Zeitgeschichte enthält. Von grösserem Interesse ist jener Teil seines Papiers, wo er sich mit den allgemeinen Hintergründen auseinandersetzt und seine politische Haltung darlegt. Es entfaltet sich hier ein von hohen ethischen Grundsätzen geprägtes Denken, das allerdings dazu neigt, störende real-politische Gegebenheiten einfach zu übergehen. Kramer wendet sich zuerst gegen die Landesverteidigung, die er als »Militarisierung des Volkes« bezeichnet, »die die Schweiz nicht retten wird, und die sie von der eigentlichen Aufgabe ihrer Verteidigung nur abgelenkt hat und weiter ablenkt«. Woraus diese »Verteidigung« bestehen sollte, wird allerdings nicht klar, denn Kramer lehnt auch die »sogenannte Neutralitätspolitik« wie auch den Anschluss an eine der kriegsführenden Mächte ab. Dass er mit dieser Haltung nicht nur bei den Spitzen von SP und Gewerkschaften aneckte, sondern auch bei der Basis wenig Rückhalt fand, war ihm bewusst: »Ich fühlte, dass nur ein verhältnismässig kleiner Kreis von Lesern und Genossen hinter mir stand, und dass vielen mein Rücktritt ausserordentlich erwünscht gewesen wäre, während andere der Frage meines Verbleibens in der Redaktion oder meines Rücktrittes daraus mit völliger Gleichgültigkeit gegenüber standen.« Er »fürchte« aber, dass einmal eine Zeit kommen werde, wo diejenigen, die ihn als »Stündelibruder«¹⁶ oder »Kamillenteesozialist« verhöhnten, sich sagen müssten, man hätte doch auf ihn hören müssen, dann wäre vieles anders und besser gekommen.

In den Akten sind einige, meist negative Reaktionen auf dieses »Rundschreiben« erhalten. Die Gewichtigste stammt zweifellos von Dr. Johannes Huber, Nationalrat aus St. Gallen und einflussreichste Persönlichkeit der St. Galler Sozialdemokratie¹⁷, der Schmidts Vorgehen als »Missgriff« bezeichnete und ihm eine kräftige Standpauke hielt: »Ich bedaure Ihr Vorgehen in jeder Beziehung. Sie haben in der Absicht, etwas Gutes zu tun, nur Schaden gestiftet, der Arbeiterbewegung im Allgemeinen, der Volksstimme im Besonderen, und nicht zuletzt auch dem Genossen Kramer und sich selbst. Und darüber hinaus haben Sie noch Unrecht zugefügt.«¹⁸

Schmidt rechtfertigte sich damit, dass das gegenüber Kramer von der Parteitagsmehrheit verübte Unrecht viel grösser gewesen sei. Kramer habe in den 14 Jahren seiner Tätigkeit für die »Volksstimme« »seine besten Lebenskräfte hingegeben«, es wäre deshalb ein »Akt menschlicher Anständigkeit« gewesen, ihm zum Abschied noch einmal das Wort zu geben, statt nach dem Motto zu handeln »ein Mann über Bord und damit basta«.¹⁹

Schmidts Formulierungen lassen den Schluss zu, dass er sich seiner Minderheitsposition in dieser Sache bewusst war. Die führenden Leute in der St. Galler SP verspürten offensichtlich wenig Lust, Kramers Ausscheiden und dessen Hintergründe weiter zu diskutieren. Steiner unterbreitete der SP-Geschäftsleitung, dem eigentlichen Führungsorgan der Partei, einen ausführlichen Bericht, worauf beschlossen wurde, auf die Abhaltung eines besonderen Parteitags zu verzichten. Mittlerweile war Frankreich bereits von den deutschen Truppen überrollt worden, und das Interesse an Grundsatzdebatten dürfte angesichts dringenderer Tagesprobleme stark gesunken sein. Schmidt kritisierte zwar den Bericht Steiners in verschiedenen Punkten und meinte, die Erledigung der Beanstandung des »Aufbaus« zeige, dass Steiner voreilig gehandelt habe. Gerber sei zwar zu 14 Tagen Arrest verurteilt worden, doch das Blatt selber sei nicht behelligt worden, da ja kein Verstoss gegen den Grunderlass vorgelegen habe, sondern »lediglich ein Angriff auf die Zensurbehörden«.²⁰

NOCH KEIN ENDGÜLTIGES ZERWÜRFNIS

Der Rücktritt von Kramer als Redaktor der »Volksstimme« war zwar ein Anzeichen einer Entfremdung zwischen ihm und der Sozialdemokratie allgemein, bedeutete aber keineswegs einen Bruch mit der SPS. Er war weiterhin als freier Mitarbeiter für verschiedene sozialdemokratische Zeitungen tätig. Als sich die SPS im Jahre 1942 ein neues Parteiprogramm gab, beauftragte sie Kramer mit der Redaktion. Bezeichnenderweise bekam dieses von ihm den gleichen Titel wie die Zeitschrift der Religiös-sozialen Bewegung: »Neue Wege«. Er blieb auch regelmässiger Mitarbeiter der »Volksstimme«, »bis sich schliesslich wegen der sachlich immer weiter entfernenden Tendenzen auch dieses Verhältnis allmählich löste«.²¹

Diese Entfremdung kommt auch in einem Briefwechsel zwischen Kramer und Schmidt kurz vor Kriegsende, im Frühjahr 1945, zum Ausdruck, der im Archiv der »Ostschweizer AZ« erhalten blieb. Schmidt hatte in der »Volksstimme« die Schaffung einer »Europa-Föderation« propagiert – unter Einschluss Deutschlands, aber ohne die »imperialistischen Mächte« England und Russland. Schmidt schreibt, dass seine Idee zwar ein »absolut verlorener Standpunkt« sei; es habe sich eher darum gehandelt, »sich etwas vom Herzen zu schreiben«.²² Auch in der SP stehe er auf verlorenem Posten: »Kein Mensch wird das verstehen, dass überhaupt jemand so etwas verfiicht. Der Geist Brin-golfs²³: Anpassung an Russland, hat alles, was in unserer Partei aussenpolitisch krecht und fleucht, erobert.«²⁴ Was Schmidt gegen England und die Sowjetunion einnahm, war die Befürchtung, deren aussereuropäische Interessen liessen sich nicht mit einem gemeinsamen Europa unter einen Hut bringen.

Kramers »Erwiderung« ist im Archiv der »Ostschweizer AZ« nicht mehr erhalten. Seiner Reaktion auf die Weigerung Schmidts, sie abzdrukken, ist jedoch zu entnehmen,

dass ihn fast mehr als der Ausschluss der Sowjetunion aus Europa »diese beständige, nicht grobe, aber um so fühlbarere Propaganda gegen das Angelsachsentum«²⁵ störte. Schmidt hielt seinerseits Kramer und Ragaz für »einseitig und englandfreundlich. Das geht so weit, dass Ihr selbst Gandhi verurteilt.«²⁶ Offenkundig hatten auch Sozialisten in der Aussenpolitik nationale Vorlieben. Kramers Vorliebe für England kollidierte in diesem Fall mit der Frankophilie von Schmidt.

Schmidt prägte die »Volksstimme« nach dem Weggang Kramers noch deutlicher. Seine religiös-sozialen Grundüberzeugungen waren gepaart mit einem Sinn fürs Pragmatische. Wie Paul Steiner, der 1943 das Szepter der »Pressunion« abgegeben hatte, hatte er zahlreiche politische Ämter inne, was ihm mit den Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Ideen in die Wirklichkeit vertraut macht, während Kramer als »Theoretiker« galt.²⁷ Bald stellte sich eine schwere Krankheit ein, und am 27. März 1947 starb Franz Schmidt. Dadurch dürfte das Band zwischen Kramer und der »Volksstimme« noch einmal lockerer geworden sein.

GRENZGÄNGER ZWISCHEN SOZIALISMUS UND KOMMUNISMUS

Um diese Entwicklung verstehen zu können, lohnt es sich, Kramers Weltanschauung und seinen weiteren Lebensweg etwas näher zu beleuchten. Kramers »sittlicher« oder »nichtmaterialistischer Sozialismus« setzte voraus, zuerst einmal den Kapitalismus, der für ihn völlig verderbt war, zu überwinden, und zwar in radikaler Weise. Reformistische Vorstellungen wie eine »soziale Marktwirtschaft« lehnte er als »Verbürgerlichung« konsequent ab; selbst gegenüber den Ideen eines »Dritten Wegs« von Ota Sik war er misstrauisch. Zweiter Hauptpfeiler seiner Kommentare war die Notwendigkeit einer radikalen Abrüstung, ausgehend von der Lehre Jesu, wonach man den Kampf gegen das Böse bereits verloren habe, wenn man sich der gleichen Waffe bediene. Seine Freunde aus der religiös-sozialen Bewegung sahen in ihm einen »Pionier christlich-marxistischer Zusammenarbeit«²⁸, während er von der offiziellen Sozialdemokratie wegen seiner Zusammenarbeit mit den Kommunisten misstrauisch beobachtet wurde. Kramers charakterliche Integrität wurde dabei allerdings nie ernsthaft angezweifelt, auch wenn zwischen ihm und Vertretern der SP oft heftige Polemiken ausgetragen wurden.

Die beiden wichtigsten Tribünen Kramers waren in der Folge die »Neuen Wege« von Ragaz, für die er vom Februar 1946 bis kurz vor seinem Tod im Juni 1969 monatlich eine »Weltrundschau« verfasste, sowie der »Zeitdienst«, eine 1948 von einigen Linkssozialisten, ungebundenen Linken und Altkommunisten gegründete Wochenzeitschrift, deren Redaktion er von Genf aus besorgte. Kramer versuchte dabei, sich eine unabhängige Stellung zwischen Sozialisten und Kommunisten zu bewahren, was in der Zeit des Kalten Krieges nicht einfach war. Als er im »Zeitdienst« die Säuberungsprozesse in

den kommunistischen Staaten scharf kritisierte, setzte er sich dem Vorwurf der »sowjetfeindlichen Hetze« aus. Einer der Hauptkritiker, der Altkommunist Theo Pinkus²⁹, der die Verwaltung des »Zeitdienstes« besorgte und gelegentlich Kramers Artikel zensierte oder »ergänzte«, was Kramer zu vehementen Protesten veranlasste, gestand im nachhinein ein, sich geirrt zu haben, wobei man sich fragen darf, wie weit seine taktisch-intellektuelle Begründung einen religiösen Sozialisten hätte überzeugen können.³⁰ Die Sozialdemokraten jedenfalls liessen sich von Kramers Versuchen, sich vom »volksdemokratischen Gendarm« Pinkus abzugrenzen, nicht überzeugen und drängten ihr Mitglied immer mehr ins Abseits. Am 23. Mai 1951 berichtete Kramer im »Zeitdienst«, er sei aus der Sozialdemokratischen Partei ausgetreten, nachdem die Geschäftsleitung der SP Schweiz die Sektion Chêne-Bourg (Genf), der er angehörte, aufgefordert hatte, ihn auszuschliessen. Die »Parteikorrespondenz«, eine Art Pressedienst der SPS, dementierte diese Darstellung und erklärte, man habe die Sektion nur ersucht, angesichts der Aktivitäten Kramers bei den – aus Sicht der SP – kommunistischen »Friedenspartisanen« dessen Mitgliedschaft zu überprüfen. Im Übrigen schien man aber nicht unglücklich über Kramers Schritt, da dieser »in immer tieferen Gegensatz zur freiheitlich-demokratischen Grundhaltung der Arbeiterbewegung unseres Landes geraten« sei: »Während sich die schweizerische Arbeiterbewegung getreu ihrer Tradition und in realistischer Einschätzung der aussen- und innenpolitischen Lage des Landes, auf der sicheren Strasse der demokratischen Entwicklung der sozialistischen Kräfte hielt, verirrte sich Hugo Kramer auf abseitigen ›Neuen Wegen‹ in den Sumpf ödester Kominformphrasen.«³¹

Damit hatten sich die Wege der Sozialdemokratie und Kramers endgültig getrennt. Da die Kommunisten ihn weiterhin misstrauisch betrachteten und auch rapid an politischem Einfluss verloren, war Kramers weiterer politischer Weg mehr oder weniger von politischer Isolation geprägt. Er starb am 15. Juni 1969 in Esserines sur Rolle im Kanton Waadt.

Die »Volksstimme« ihrerseits, um zum Anfang zurückzukehren, wurde in den 70er-Jahren zur »Ostschweizer AZ« (AZ steht für Arbeiter-Zeitung), verlor aber wie andere Parteizeitungen sukzessive an Leserinnen und Leser und wurde im Jahre 1995 eingestellt.

Anschrift des Verfassers:

André Gunz, Bruggereggestr. 16, CH-9100 Herisau, irene.reifler@bluewin.ch

ANMERKUNGEN

1 Dr. Hugo Kramer (1890 Hohengeren/Württemberg – 1969 Esserines sur Rolle), erwarb sich an der Universität Tübingen den Titel eines Doktors der Nationalökonomie. 1911 zog er nach Zürich und wurde 1921 Bürger dieser Stadt. 1916 begegnete Kramer erstmals Leonhard Ragaz und seiner religiös-sozialen Bewegung, der er seither nahe stand. In Zürich war er für eine demokratische Zeitung und den »Grütliauer« tätig, ehe er 1926 an die »Volksstimme« gewählt wurde. Der Werdegang Kramers und die Grundzüge seines Denkens sind dargestellt in: SPIELER, Willy: Zeichen der Zeit. Zum 20. Todestag von Hugo Kramer, in: Neue Wege, Beiträge zu Christentum und Sozialismus, Zürich 1989, 83. Jg., Nr. 6, S. 190 ff.

2 Franz Schmidt (1902 Basel – 1947 St. Gallen), ausgebildeter Agraringenieur, wurde 1930 als Redaktor an die »Volksstimme« gewählt. Schmidt entfaltete neben seiner Redaktionsarbeit eine vielfältige politische Tätigkeit mit den Schwerpunkten Genossenschaftswesen und Erwachsenenbildung. Er verstand sich ausdrücklich als religiöser Sozialist, obwohl er keiner Kirche angehörte. (Siehe Nachruf in der »Volksstimme« vom 24. März 1947, verfasst von Hugo Kramer).

3 Dr. Paul Steiner (1904 Dällikon ZH – 1979 St. Gallen) trat nach seinem Jurisprudenz-Studium ins Advokaturbüro des bekannten SP-Politikers Johannes Huber ein. Anfangs der 40er-Jahre eröffnete er in St. Gallen ein eigenes Anwaltsbüro. Steiner übte für die St. Galler Sozialdemokraten zahlreiche Ämter aus, unter anderem gehörte er von 1948 bis 1976 dem Grossen Rat und von 1935 bis 1976 dem Hochschulrat an. Biografische Angaben in: Gallusstadt 1980, Jahrbuch der Stadt St. Gallen, St. Gallen 1980, S. 227 f.

4 Wie gross die Gefahr eines Überfalls durch Nazi-Deutschland tatsächlich war, wird nach wie vor kontrovers diskutiert. Bekanntlich liess Hitler in dieser Zeit vom Generalstab Pläne zu einem Einmarsch in der Schweiz ausarbeiten (»Operation Tannenbaum«), doch wird von anderer Seite die Ernsthaftigkeit dieser Absichten mit dem Argument bezweifelt, die Schweiz habe als offiziell »neutrales« Land, das aber auf Grund der aussenpolitischen Lage zu einer gewissen Anpassung gezwungen war, dem »Dritten Reich« mehr Nutzen gebracht. Die grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer war aufgrund feh-

lender Informationen allerdings ohnehin nicht in der Lage, eine solche Abwägung vorzunehmen; zudem bestand der begründete Verdacht, dass die Politik Hitlers nicht immer auf rationalen Überlegungen fußte.

5 Leonhard Ragaz (1868 Tamins GR – 1945 Zürich), reformierter Pfarrer, unterstützte 1903 bei einem Maurerstreik in Basel die Streikenden. Ab 1906 gab er die Zeitschrift »Neue Wege« heraus, in der er einen religiösen Sozialismus propagierte und gegen den militaristischen Geist der Zeit kämpfte. Während des Zweiten Weltkriegs revidierte er seinen Pazifismus, indem er meinte, gegen den Nationalsozialismus dürfe es keine Kompromissbereitschaft geben. Zu Leben und Werk siehe: MATTMÜLLER, Markus: Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus, 2 Bde., Zürich 1957/68.

6 Gemeint ist der katholisch-konservative Giuseppe Motta (1871–1940), der von 1920 bis zu seinem Tod die Schweizer Aussenpolitik leitete und dem Sympathien für den Faschismus nachgesagt wurden. Eine differenzierte Würdigung seiner Politik findet sich in: ALTERMATT, Urs (Hg.): Die Schweizer Bundesräte. Ein biographisches Lexikon, Zürich und München 1991, S. 306–311.

7 Volksstimme vom 3. April 1940.

8 Religiös-soziale Zeitschrift, die bis zu seiner Anstellung bei der »Volksstimme« übrigens von Franz Schmidt redigiert worden war.

9 Max Gerber (1887 Bern – 1949 Zürich), reformierter Pfarrer, führende Persönlichkeit der religiös-sozialen Bewegung, setzte sich vor allem für das Genossenschaftswesen ein. 1921–1949 Redaktor der sozialistischen Zeitschrift »Der Aufbau«. (Biografische Angaben in: Historisches Lexikon der Schweiz, Bd. 5, Basel 2006, S. 296).

10 KREIS, Georg: Zensur und Selbstzensur – Die schweizerische Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg, Frauenfeld und Stuttgart 1973, S. 424. Kreis widerspricht dabei einer Behauptung, die in der Dissertation von Erland Herkenrath vertreten wird (HERKENRATH, Erland: Die Freiheit des Wortes. Auseinandersetzungen zwischen Vertretern des schweizerischen Protestantismus und den Zensurbehörden während des zweiten Weltkriegs, Zürich 1972).

11 KREIS (wie Anm. 10) S. 112.

12 »An die Genossen und Freunde!«, Papier von Hugo Kramer vom 24. April 1940, StadtA St. Gallen.

Alle nachfolgend zitierten Dokumente werden dort verwahrt.

13 Paul Steiner an Hugo Kramer, 9. April 1940.

14 Hugo Kramer an Paul Steiner, 10. April 1940.

15 Léon Nicole (1887 Montcherand VD – 1965 Genf), charismatischer Linkssozialist, kompromissloser Gegner einer Reformpolitik, 1939 aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen, später Mitgründer der kommunistischen Partei der Arbeit (PdA), aus der er 1952 austrat. 1955 Rückzug aus der Politik. Biografische Angaben in: Schweizer Lexikon, Bd. 4, Luzern 1992, S. 790 f.

16 Schweizerdeutscher Ausdruck für Angehörige einer religiösen Sekte.

17 Johannes Huber (1879 Töss – 1948 St. Gallen), Rechtsanwalt in Rorschach, später in St. Gallen, 1905 Mitgründer und erster Präsident der SP des Kantons St. Gallen, 1919–1947 Nationalrat. Er war bei der Diskussion über die Ausgestaltung der Pressezensur eine der zentralen Figuren im Parlament, im Frühjahr 1940 war er wesentlich dafür mitverantwortlich, dass die Zensur – gegen den Widerstand von Bundesrat und Armeespitze – reformiert wurde. Später wurde er Präsident der sog. »Vollmachtenkommission«, welche die Anwendung der kriegsbedingt erteilten Sondervollmachten durch den Bundesrat überwachte. Wegen seines Einflusses galt Huber in der Zeit des Zweiten Weltkriegs als »achter Bundesrat«. (Biografische Angaben in: Historisches Lexikon der Schweiz, Bd. 6, Basel 2007, S. 506).

18 Schreiben Johannes Huber an Franz Schmidt vom 29. April 1940.

19 Brief von Schmidt an Graf, Huber, Metzger und Steiner vom 30. April 1940.

20 Brief von Schmidt an Steiner vom 25. Juni 1940.

21 LÖTSCHER, Walter: Die ostschweizerische Arbeiterpresse im Kampf um Recht und Gerechtigkeit, in: 50 Jahre Volksstimme. Zur Geschichte der ostschweizerischen Arbeiterbewegung und Arbeiterpresse, St. Gallen 1954, S. 53.

22 Schreiben Schmidt an Kramer vom 30. März 1945.

23 Walter Bringolf (1895–1981), Gründungsmitglied der Kommunistischen Partei der Schweiz, ab 1935 in der Sozialdemokratischen Partei, die er 1952 bis 1962 präsidierte. Schaffhauser Stadtpräsident 1932 bis 1968. Gehörte zu den einflussreichsten Persönlichkeiten in der SPS. (Biografische Angaben in: Historisches Lexikon der Schweiz, Bd. 2, Basel 2003, S. 702 f.).

24 Schreiben Schmidt an Kramer vom 30. März 1945.

25 Schreiben Kramer an Schmidt vom 2. April 1945.

26 Siehe Anmerkung 22.

27 »Hugo Kramer, der für die organisatorischen Aufgaben nie grosses Verständnis besass, sich aber umso eifriger im Reich der Theorien tummelte...« (Aus: Parteikorrespondenz der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz vom 31.5.1951).

28 SPIELER (wie Anm. 1) S. 190.

29 Theo Pinkus (1909–1991), Buchhändler in Zürich, politischer Aktivist im linkssozialistisch-kommunistischen Umfeld. Sein Leben ist dargestellt in: LÜSCHER, Rudolf M. und SCHWEIZER, Werner: Amalie und Theo Pinkus-De Sassi – Leben im Widerspruch, Zürich 1987.

30 »Das hat mich schon betroffen gemacht: Hugo Kramer, der Nicht-Marxist, der vom religiösen Sozialismus her kommt, der hatte eine klarere, vernünftige – Marxismus und Vernunft ist für mich identisch – Haltung eingenommen als der marxistisch geschulte Pinkus, der doch ganz in falscher Loyalität – es gibt auch eine richtige – gegenüber allem, was in den sozialistischen Ländern aus historischen und anderen Gründen passierte, völlig idealistische Positionen eingenommen hat«. Zitiert aus: LÜSCHER und SCHWEIZER (wie Anm. 29) S. 282.

31 Parteikorrespondenz der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz vom 31.5.1951 (Autor: Fritz Escher).